ECHO Thema: Ein Neuanfang in Hessen?

Nach einem Jahr der Stagnation sollen die Wähler am Sonntag für klare Verhältnisse sorgen

DIE SPITZENKANDIDATEN der fünf im Hessischen Landtag vertetenen Parteien (von links): Tarek Al-Wazir (38), Jörg-Uwe Hahn (52), Roland Koch (51), Willi van Ooyen (61) und Thorsten Schäfer-Gümbel (39). (Foto: dpa)

DARMSTADT/WIESBADEN. Eine Darmstädterin stand am Anfang vom Ende der denkwürdigen 17. Wahlperiode in Hessen. Im März 2008 stoppte die SPD-Landtagsabgeordnete Dagmar Metzger den ersten Versuch ihrer Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, als Chefin einer von den Linken tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung in die Wiesbadener Staatskanzlei einzuziehen.

Acht Monate später ließ sie Ypsilantis Traum gemeinsam mit drei Fraktionskollegen endgültig platzen: Mit dem Wortbruch, trotz gegenteiligen Versprechens der Linkspartei die Hand zu reichen, könne man nicht leben, erklärten die vier, die bald von ihrer Partei kaltgestellt wurden.

Damit war klar, dass nur Neuwahlen die zur Redensart geronnenen „hessischen Verhältnisse“ beenden können. An diesem Sonntag (18.) sind nun 4,38 Millionen Hessen dazu aufgerufen, den 110 Köpfe zählenden Landtag neu zu wählen. Zugelassen wurden zehn Landeslisten von neun Parteien sowie den Freien Wählern; neben den fünf derzeit im Landtag vertretenen Parteien (CDU, SPD, FDP, Grüne, Linke) treten die Bürgerrechtsbewegung Solidarität, die Republikaner, die NPD und die Piratenpartei an. Am 5. Februar soll das Parlament auf seiner ersten Sitzung den Ministerpräsidenten wählen.

Dieses Amt hat der seit 1999 in Wiesbaden regierende CDU-Vorsitzende Roland Koch seit April 2008 nur noch geschäftsführend inne. Vom Wahltag an konnte er sich nicht mehr auf eine Landtagsmehrheit stützen; schon da glaubten viele, nur Neuwahlen könnten den Weg aus der verfahrenen Situation weisen. Die hessischen Wähler hatten mit CDU und FDP auf der einen sowie SPD und Grünen auf der anderen Seite zwei annähernd gleichstarke Blöcke im Landtag geschaffen und dazu erstmals der Linken (früher PDS) gerade so über die Fünf-Prozent-Hürde geholfen.

Koch musste mit katastrophalen Verlusten offenkundig für seine als unausgegoren empfundenen Schulreformen und seine Kampagne gegen kriminelle junge Ausländer büßen. Fortan versuchte er, die Grünen für ein Dreierbündnis zu gewinnen, so wie Ypsilanti die FDP hofierte. Beide Umworbenen mochten sich aber nicht über Gebühr verbiegen, und dann bog eben die SPD.

„Man rennt nicht zweimal mit demselben Kopf gegen dieselbe Wand.“ Dieses Diktum des damaligen SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Beck, dessen Sturz mit seiner unklaren Haltung zum Kurs der Hessen-SPD zusammenhing, schlug Ypsilanti in den Wind. Sie, die immer und immer

wieder gelobt hatte, unter keinen Umständen mit der Linken zusammenzuarbeiten, wollte es jetzt eben doch tun und ließ sich dabei von Dagmar Metzgers Nein nur kurz bremsen. Ihr Generalsekretär, der Bergsträßer Norbert Schmitt, sagte dem ECHO noch Anfang November zum neuerlichen Versuch, die von der klaren Mehrheit der hessischen Wähler laut Umfragen abgelehnte Minderheitsregierung zu bilden: „Ich bin ganz sicher, dass es klappt."

Zwei Tage später brachte der denkwürdige Auftritt der vier SPD-Abweichler das Ende: das Ende des rot-rot-grünen Projekts und das der Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, die aber Partei- und Fraktionsvorsitz behielt. Der bis dahin nur wenigen bekannte Gießener Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel rückte an die Spitze der SPD-Landesliste und sammelte in schier verzweifelter Situation immerhin Sympathiepunkte.

Auf der Ebene der Sachpolitik hat sich im vergangenen Jahr deutlich weniger getan. Mitunter war es spannend zu beobachten, wie sich zu nachrangigen Abstimmungen wechselnde Mehrheiten fanden – auch über Block-Grenzen hinweg. Als wirklich wichtige Weichenstellung in Erinnerung geblieben ist einzig die Abschaffung der erst kurz zuvor eingeführten Studiengebühren an hessischen Hochschulen durch SPD, Grüne und Linke.

CDU und FDP haben versprochen, davon bis auf weiteres die Finger zu lassen. Überhaupt sandten Roland Koch und seine Minister auf Abruf gerade in der Bildungspolitik das Signal, man wolle aus Fehlern lernen und Angefeindetes wie die „Unterrichtsgarantie plus" oder die auf acht Jahre verkürzte Gymnasialzeit gegebenenfalls verändern. Trotzdem: „In der Sache hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht viel verändert", bemerkte der Grünen-Spitzenkandidat Tarek Al-Wazir kürzlich mit Recht. Nach wie vor stehen zwei ziemlich festgefügte Blöcke zur Wahl, deren Politikentwürfe in zentralen Punkten himmelweit auseinanderklaffen: Während alle drei linken Parteien für die Einheitsschule mit gemeinsamem Unterricht mindestens bis Klasse 9 werben, halten CDU und FDP am gegliederten System fest.

Während SPD und Grüne an eine radikale Energiewende weg von Kern- und Kohlekraftwerken glauben, preisen Koch und sein Freund und FDP-Kollege Jörg-Uwe Hahn den „Energiemix" inklusive Atomkraft an. Die beiden treten auch für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens um eine Landebahn ein, die von Grünen und Linken abgelehnt wird. Prinzipiell sind die Sozialdemokraten für den Ausbau; im Koalitionsvertrag ließen sie sich freilich eine erhebliche Verzögerung abhandeln.

Ihre Wahlprogramme vom letzten Mal haben die hessischen Parteien nur geringfügig überarbeitet. Neu aufgenommen wurden vor allem Rezepte gegen die Wirtschaftskrise. Alle sind für zusätzliche öffentliche Investitionen in Milliardenhöhe; die Linke um Spitzenkandidat Willi van Ooyen überraschte mit dem Vorstoß, alle Banken zu verstaatlichen. Es ist wohl die Kompetenz in Wirtschaftsfragen, die viele Wähler bei CDU und FDP orten, in Verbindung mit der anhaltenden Empörung über Ypsilantis Wortbruch, welche die Umfragen kurz vor der Wahl prägt: Das Institut Forsa sieht die hessische CDU am 18. Januar bei 41 Prozent, ihren erklärten Wunschpartner FDP bei 15. Ohne falsche Bescheidenheit reklamiert FDP-Chef Hahn bereits den Posten des Vize-Ministerpräsidenten für sich.

Anders als er schließen SPD und Grüne ein Zusammengehen mit der CDU aus, sofern an deren Spitze Roland Koch steht. Mit vorausgesagten 24 (SPD) und 13 Prozent kommen sie wahrscheinlich nicht in die Verlegenheit, von dieser Festlegung abzuweichen. Die Linkspartei läuft wegen interner Querelen sogar Gefahr, aus dem Landtag zu fliegen; sie liegt der Forsa-Umfrage zufolge nur noch bei vier Prozent.

So erfreulich das alles für den vor Jahresfrist vom Wähler gezausten CDU-Vorsitzenden ist, so muss Koch doch zwei Gefahren ins Auge sehen. Zum einen neigen Anhänger von vermeintlich siegesgewissen Parteien dazu, gar nicht wählen zu gehen. Zum anderen könnte die Neuauflage der schon 1999 bis 2003 regierenden CDU-FDP-Koalition in Hessen der Bundesregierung Scherereien bereiten. Im Bundesrat würden die fünf Stimmen des Landes in den sogenannten neutralen Block wandern – die Große Koalition in Berlin hätte ihre Mehrheit verloren und wäre für viele Vorhaben von der Zustimmung der FDP abhängig.

Auch deshalb ist der Auftakt zum „Superwahljahr" – 2009 werden unter anderem der Bundespräsident, der Bundestag, das Europaparlament und die Landtage im Saarland, in Sachsen, Thüringen und Brandenburg gewählt – trotz eindeutiger Umfrageergebnisse in Hessen spannend. Zumal schon bald klar sein dürfte, ob die Parteien aus dem Jahr der lärmenden Stagnation etwas

gelernt haben oder ob sie sich nach wie vor als feindliche Lager verstehen, die Kampfparolen austauschen, wo Politik gemacht werden sollte.

Christian Knatz
16.1.2009

Mehr dazu:

- Die Zweitstimme ist besonders wichtig